

Wenn Sie den folgenden Forderungen Gewicht geben wollen:

- eine Stadtentwicklung, die allen sozialen Gruppen nützt und die die Nahversorgung sichert
- Förderung von bezahlbaren Wohnungen
- Vorrang für Bus und Bahn, Rad- und Fußwege; Verkehrswege, die sicher, sozial und ökologisch sind
- der neuen Armut entgegenwirken und die Folgen abmildern, niemanden ausgrenzen
- die Bürgerrechte wahren und Bürgerbeteiligung stärken
- keine Privatisierung städtischer Aufgaben
- Heidelberg soll eine Partnerstadt für den Frieden werden

dann geben Sie mir am 22. Oktober Ihre Stimme.

Bunte Linke – Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden

Im ersten Wahlgang am 22. Oktober kann ein OB nur mit der absoluten Mehrheit der Stimmen gewählt werden. Ein hoher Stimmenanteil für die Bunte Linke im ersten Wahlgang kann verhindern, dass ein Kandidat gewählt wird, dessen Vorstellungen wir nicht teilen.

Im zweiten Wahlgang am 12. November ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereint. In diesem Wahlgang – und darüber hinaus – werden wir versuchen, das Gewicht unserer Stimmen, so gut es nur geht, für unsere Forderungen einzusetzen und den Kandidaten zu unterstützen, der diesen am weitesten entgegen kommt.

Das ausführliche Programm der Bunten Linken und ihres OB-Kandidaten für Heidelberg finden Sie unter:
www.bunte-linke-hd.de und www.weiler-lorentz.de

Wir senden es Ihnen auf Anfrage auch gerne zu:
Bunte Linke, Postfach 120165, 69065 Heidelberg

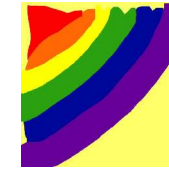
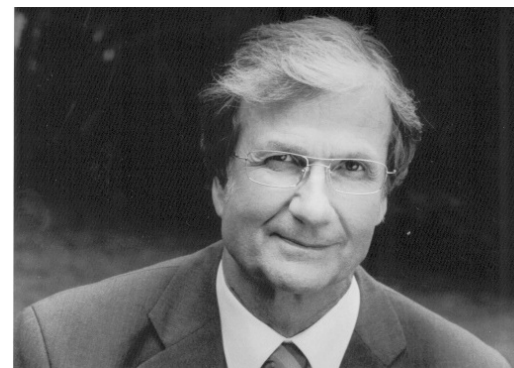
Die Finanzsituation der Stadt erfordert klare Prioritäten

Die neoliberale Wirtschafts- und Steuerpolitik in Deutschland hat im letzten Jahrzehnt zu einer fortschreitenden Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben geführt. Sie hat auch dazu geführt, dass die Haushalte der Städte ausgetrocknet sind. Heidelberg kann inzwischen wichtige Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge für seine Bürger nur noch in begrenztem Umfang wahrnehmen. Es muss alles versucht werden, dieser Entwicklung entgegenzutreten, und es müssen klare Prioritäten für die Stadt gesetzt werden.

Die zunehmende Gruppe von Menschen, die unter die Armutsgrenze fallen, muss weiterhin am sozialen und kulturellen Leben der Stadt teilnehmen können. Wir müssen für eine menschengerechte Umwelt sorgen und die Bürger soweit als möglich an den politischen Entscheidungen beteiligen – gerade in Zeiten, in denen es immer weniger zu verteilen gibt.

Meine Visionen sind nicht Verkehrsbauwerke und neue Einkaufszentren, meine Vision ist ein solidarisches, demokratisches und ökologisches Heidelberg.

Zur Person:
63 Jahre, verwitwet, eine erwachsene Stieftochter; Studium in USA (Mathematik und Chemie), Medizinstudium in Deutschland, Arzt für Anästhesie, wissenschaftliche Arbeit in der Virusforschung, Transfusionsmedizin und Anästhesie. Seit 1962 mit kurzen Unterbrechungen in Heidelberg wohnhaft; seit Anfang der 70er Jahre kommunalpolitisch aktiv in Bürgerinitiativen und Parteien; Herausgeber der Internet-Stadtzeitung www.stadtpolitik-heidelberg.de; Betreiber des Ladens für Kultur und Politik in der Weststadt; mehrfach Mitglied des Heidelberger Gemeinderates, Stadtrat der Bunten Linken.



Für eine Kultur der Solidarität



Dr. Arnulf Weiler-Lorentz

Kandidat der Bunten Linken, unterstützt von WASG und Linkspartei

OB-Wahl am 22. Oktober 2006

Beispiele aus meiner Arbeit im Gemeinderat

Stadt als Lebensraum

Eine Stadt wird bestimmt durch ihre Geschichte, ihre natürliche Umgebung, ihre Architektur und ganz besonders durch die sozialen Beziehungen ihrer Bewohner. Stadt darf nicht auf eine Konsumveranstaltung reduziert werden. Stadtentwicklung muss Landschaft und Umwelt schonen, das Stadtbild bewahren und eine Mischung von Wohnen und Einkaufen, Lernen und Arbeiten, sowie Erholen und Begegnen ermöglichen.



In einer lebendigen Stadt sollten in allen Stadtteilen die Nahversorgung, öffentliche Räume und eine gute Verkehrsanbindung gewährleistet sein.

Deshalb engagiere ich mich

- für eine Stadt- und Stadtteilentwicklung, die diesen Zielen Rechnung trägt und insbesondere auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern, Alleinerziehenden und älteren Menschen eingeht (Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, sichere Verkehrswege, altengerechte Wohnungen)
- gegen überzogene Nachverdichtungen in der bestehenden Bebauung, wie etwa in der Beethovenstraße, die die Zerstörung der gewachsenen Stadtteilstruktur, des Kleinklimas und der entstandenen Biotope bedeuten
- für ein selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum, das nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten betrieben wird

Demokratie und Bürgerbeteiligung

Die Möglichkeiten, die Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen, werden in Heidelberg nicht im möglichen Umfang wahrgenommen und zum Teil sogar eingeschränkt.

Ich habe mich wiederholt dafür eingesetzt, dass Themen, die im Gemeinderat behandelt werden, frühzeitig öffentlich gemacht werden. Alle Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich zu informieren und Einfluss zu nehmen - auch diejenigen, die nicht über die Informationskanäle und Mittel von Interessengruppen verfügen.



Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben

In anderen Städten werden immer mehr öffentliche Aufgaben – auch die Grundversorgung wie Wasser, Energie und Verkehr – privaten Unternehmen übertragen und unterliegen damit dem Spiel des freien Marktes. Dies führt zu einem bedrohlichen Verlust an politischer Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeiten der Städte.

Ich werde mich weiterhin für den Verbleib der städtischen Aufgaben unter kommunaler Kontrolle einsetzen. Auch öffentliche Organisationen können effizient arbeiten, haben dabei aber vor allem das Wohl der Bürger zum Ziel.

Keine soziale Ausgrenzung

Das weitere Auseinanderdriften der sozialen Gruppen in der Stadt und die Ausgrenzung von Schwächeren muss mit städtebaulichen und sozialpolitischen Maßnahmen verhindert werden.

- Auf meine Initiative hin wurden im Haushalt 2005/2006 die Vergünstigungen des Heidelberg-Passes erweitert und auf ALG-II-Empfänger ausgedehnt.
- Ich habe mich für eine Auflösung der Notwohngebiete und für dezentrale Notwohnungen in den Stadtteilen ausgesprochen.
- Unsere zugewanderten Mitbürger müssen bessere Hilfen zur Integration erhalten. Dazu gehört vor allem ein verbessertes Angebot an Sprachunterricht schon im Vorschulalter und das Einbeziehen des Ausländerrates/Migrationsrates in alle wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Wohnungen

Das Bereitstellen von bezahlbaren Wohnungen ist von grundlegender Bedeutung, damit auch einkommensschwache Familien in Heidelberg leben können.

- Frühzeitig habe ich darauf hingewiesen, dass für das Altklinikum Bergheim ein Bebauungsplan notwendig ist, um mehr kostengünstige Wohnungen zu erreichen.
- Für die Bahnstadt habe ich den Kauf des Grundstücks durch die Stadt gefordert. Die Abschöpfung der steigenden Bodenpreise bei der Umwandlung von Bahngelände in ein Wohngebiet ist aufgrund der Finanzlage zurzeit die einzige Möglichkeit, kostengünstige Wohnungen bereitzustellen. Die Stadt sollte das Gebiet schrittweise selbst entwickeln und dies nicht einer privatwirtschaftlich operierenden Entwicklungsgesellschaft überlassen.

- Sozial gut integrierte Wohnquartiere mit einfachen Wohnungen dürfen nicht abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt werden, wie in Handschuhsheim bei der Blauen Heimat von der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) beabsichtigt. Der Einsatz zweier Bürgerinitiativen und des Stadtteilvereins konnten dies verhindern. Auch hierzu habe ich einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Verkehr, Energie und Umwelt

Verkehrs- und Energiepolitik verlangen immer auch eine Betrachtung der Auswirkungen auf die Umwelt. 1994 wurde unter großer Bürgerbeteiligung ein Verkehrsentwicklungsplan beschlossen, der unter anderem eine Reduktion des Autoverkehrs mit dem Ziel einer Verringerung der Lärm- und Schadstoffbelastungen vorsah, die entlang der Hauptverkehrsstraßen eindeutig gesundheitschädlich sind. Bisher ist nur ein kleiner Teil dieser Maßnahmen umgesetzt.



Ich setze mich ein

- für eine Straßenbahnlinie ins Neuenheimer Feld und in die Altstadt, in die südlichen und westlichen Nachbargemeinden
- gegen die fünfte Neckarquerung und einen Autobahnzubringer durch das Handschuhsheimer Feld
- für eine Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt und im Neuenheimer Feld
- für ein erweitertes sicheres Fuß- und Fahrradwegenetz, das insbesondere Kindern und älteren Menschen zugute kommt
- für die Verwirklichung der zentralen Punkte eines kommunalen Energiekonzeptes, wie ich es 1992 im Gemeinderat durchgesetzt hatte; diese steht immer noch aus
- gegen den Bau des „Hopp-Stadions“, nicht weil etwas gegen Fußball an sich einzuwenden wäre, sondern weil der Standort in einem regionalen Grünzug liegt, das Kleinklima Heidelbergs negativ beeinflusst würde, keine ausreichende Verkehrsanbindung (S-Bahn) hergestellt werden kann und der Bau für die Stadt nicht überschaubare finanzielle Risiken birgt